



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Vorlage öffentlich	Drucksachen-Nr.: 21-0537.1
Federführung: Fachamt Interner Service Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt Fachamt Management des öffentlichen Raumes	Datum: 01.12.2014

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	18.12.2014

Pfandflaschen durch Pfandablagen für die Kreislaufwirtschaft sichern

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt hat in seiner Sitzung am 26.11.2014 dem nachfolgend aufgeführten Antrag der GRÜNE-Fraktion Drs. Nr. 21-0537 einstimmig zugestimmt.

Pfandflaschen gehören nicht in den Müll. Durch das Mehrwegpfandsystem sollen Flaschen bis zu 1.000 Mal wiederverwertet werden; durch das Einwegpfandsystem sind diejenigen für Sammlung und Weiterverwertung der Flaschen zuständig, die die Plastikflaschen in den Umlauf bringen. Damit wurde mit dem Pfandsystem ein Anreiz geschaffen, die Flaschen dem direkten Recyclingkreislauf zuzuführen.

Anders als von den Machern des Pfandsystems angedacht, enden jedoch in der Praxis – sei es aus Bequemlichkeit oder anderen Gründen – immer noch viele Mehrweg- und Pfandflaschen in Mülleimern. Aus diesem Umstand heraus hat sich eine Kultur des Flaschensammelns entwickelt. Soziologen beobachten diese Praktiken in fast allen sozialen Schichten. Dabei spielen finanzielle, aber auch verschiedene soziale Gesichtspunkte eine Rolle. Als Nebeneffekt dieses Handelns übernehmen diese Menschen ganz praktische Aufgaben der Reduktion des Restmüllaufkommens. So schonen sie Ressourcen, indem sie die Flaschen dem Mehrweg- und Recyclingkreislauf zuführen, schützen damit die Umwelt und verhindern auch erhöhte Kosten für die Müllentsorgung. Diese Praxis mag nicht im eigentlichen Sinne des Erfinders sein, stellt aber eine Realität dar, der sich die Politik nicht verschließen darf.

Auch die Tatsache, dass einige Menschen auf die Einnahmen aus dem Sammeln von Pfandflaschen finanziell angewiesen sind, ist sozialpolitisch kritisch, darf aber politisch nicht außer Acht gelassen werden. Die sozialen Aspekte dieser Pfandablage haben Auswirkungen auf den Bezirk Mitte und müssen in diesem verhandelt werden.

Aus den neuen, durch die Umweltsenatorin medienwirksam eingeführten pro Stück rund 5.000 Euro teuren Mülleimern „Big Belly“, die seit neuestem in der Innenstadt zu finden sind, können

weggeschmissene Pfandflaschen nicht mehr herausgenommen werden. Anhand dieser Mülleimer hat die politische Diskussion über die möglicherweise gewollte Verdrängung der Pfandsammlerinnen und Pfandsammler entwickelt. Unabhängig von der Intention, mit denen die „Big Bellys“ aufgestellt wurden, machen diese Mülleimer Pfandsammeln nicht mehr möglich.

Eine ähnliche Problematik besteht bei der unterirdischen Müllsammlung, wie sie beispielsweise in der Mönkebergstraße erfolgt. Durch den Einsatz der Müll-Fahrstühle (Waste Lifts) können Pfandflaschen nicht mehr aus dem Müll heraus gesammelt werden. Pfandflaschen werden dem Recyclingkreislauf entzogen und das Pfandeinsammeln ist nicht mehr möglich. Die Diskussion über die Verdrängung von Pfandsammlerinnen und Pfandsammlern hat sich hier nicht entwickelt, obwohl das Problem das gleiche ist.

Eine Möglichkeit die Pfandflaschen auch zukünftig für den Mehrweg- und Recyclingkreislauf zu sichern, stellen Pfandröhren dar. In Billstedt wurde bereits Anfang November 2014 eine erste Röhre erfolgreich aufgestellt. Ähnliche Systeme (hier Pfandringe) haben sich bereits in Köln, Karlsruhe und Bamberg etabliert. Festinstallierte Pfandflaschenhalter bieten Passanten die Möglichkeit, Flaschen dort abzustellen und Pfandsammlerinnen und Pfandsammler die Möglichkeit, diese sicher und auf wesentlich sauberere und würdigere Art und Weise einzusammeln. Solche Pfandröhren können sowohl an Müllbehältern aber auch an Masten von Laternen oder Lichtsignalanlagen installiert werden. Im Gegensatz zu Pfandringen oder -regalen bieten Pfandröhren weniger Angriffsfläche für die Ablage von Müll und entlasten so einerseits die Stadtreinigung und ermöglichen andererseits eine sauberere Pfandablage. In Rücksprache mit der Stadtreinigung können die Erfahrungen in Billstedt diskutiert und in die Entscheidung für ein System einfließen. Unser Ziel ist es, dass Gespräch mit der Stadtreinigung und dem Management für öffentlichen Raum zunächst im Ausschuss für Umwelt und Verkehr zu führen, um dann im Anschluss mit dem besten System in einen größeren Testlauf im Bezirk Mitte zu treten.

Die Aufstellung eines Pfandablagensystems kann zunächst zur Probe in einem geringen Umfang passieren.

Der Ausschuss für Umwelt & Verkehr möge daher beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, VertreterInnen der Stadtreinigung und des Fachamtes MR zu einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Verkehr einzuladen, damit die geeignete Umsetzung des lohnenswerten Projektes gefunden werden kann.
2. Anschließend wird ein größerer Testlauf im Bezirk Mitte gestartet und das geeignete Pfandablagensystem evaluiert werden. Vorrangig sollen in den Zonen, in denen die unterirdische Müllsammlung betrieben wird (z.B. Mönkebergstraße) Pfandablagen vom Bezirksamt Mitte aufgehängt werden.
3. Die Bezirksamtsleitung wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern für die Pfandablagen geeignete Sponsoren gewonnen werden können, um die Kosten zu finanzieren.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung wird um Bestätigung des Beschlusses gebeten.